

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/151

Bonn, den 13. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Sicherheit und Frieden 65

Vor der Konferenz der nichtnuklearen Staaten in Genf

2 - 3 Dokumente des Kampfes für eine neue Menschlichkeit 108

Zum 25. Jahrestag der Hinrichtung von Hermann Frieß und Bebo Wager

Von Waldemar von Knoeringen, M&L

4 Der Bogen überspannt 48

Soll auch dem Letzten die Freude an der Arbeit genommen werden?

Von Fritz Büttner, MdP

SELBSTERSTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Verhandeln ohne Vorbedingungen
"Ein Volk kann nicht gegen seine Geschichte leben"
Europarat zeigte sich tief beeindruckt
Vertriebene unterstützen Aussöhnung und Entspannung
Tschechisch im Bayerischen Rundfunk
Deutsche Lehrkräfte gesucht
40 Prozent der Touristen Deutsche
Angeboten: eine neue Deutschland-Politik
Das Rentengefälle
Als Journalist in Waldenburg begonnen
Mit der Gerhart-Hauptmann-Medaille ausgezeichnet

* * *

Sicherheit und Frieden

Vor der Konferenz der nichtnuklearen Staaten in Genf

G.M. - Am 29. August beginnt in Genf die für die Dauer von etwa 4 Wochen vorgesehene Konferenz von Vertretern jener Staaten, die nicht über Atomwaffen verfügen. Mehr als 120 Regierungen wurden vom Generalsekretär der UNO zur Teilnahme an dieser Konferenz eingeladen, aber wahrscheinlich werden nur 70 bis 75 Staaten vertreten sein.

Die Bundesrepublik Deutschland wird, obwohl sie nicht Mitglied der UNO ist, in ihrer Eigenschaft als Mitglied der Europäischen Atomgemeinschaft und zahlreicher UNO-Organisationen an der Genfer Konferenz teilnehmen.

Es ist nicht damit zu rechnen, daß in Genf Beschlüsse im Sinne von verpflichtenden Vereinbarungen gefaßt werden. Dennoch kommt dieser Konferenz eine große Bedeutung zu, weil hier zum erstenmal seit Beginn der Beratungen über den Abschluß eines Vertrages zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, auch die sogenannten "Schwellenmächte" (das heißt, jene Staaten, die zwar technisch in der Lage wären, Atomwaffen herzustellen, aber freiwillig oder aus anderen Gründen darauf verzichten, diese Möglichkeit wahrzunehmen), Gelegenheit haben werden, einen offenen Gedankenaustausch über alle Aspekte der Weiterentwicklung der Atomenergie zu führen.

Schon jetzt schälen sich mehrere Gruppen mit unterschiedlichen Interessen heraus. Die einen - unter ihnen auch die Bundesrepublik Deutschland - sind an der Klärung der Frage interessiert, wie gesichert werden kann, daß durch den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen die Entwicklung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken nicht gehemmt werden kann. Andere Gruppen von Konferenzteilnehmern werden zu überlegen geben, wie ihre Sicherheitsprobleme im Falle des Abschlusses des Nichtweiterverbreitungs-Vertrages gelöst werden können. Selbstverständlich gehört zu dieser Gruppe auch die Bundesrepublik Deutschland, obwohl deren Sicherheit durch Bündnisverpflichtungen gewährleistet ist. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Frage, inwieweit einzelne Staaten, die sich dem Vertrag über die

Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen anschließen, vor Diskriminierungen und Erpressungen geschützt werden können.

Im Hintergrund aller dieser Überlegungen steht jedoch die von den meisten Konferenzteilnehmern schon jetzt angekündigte Forderung, daß im Zusammenhang mit dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen auch wirkungsvolle Schritte zur Entspannung und Rüstungsverminderung in a l l e n Teilen der Welt eingeleitet werden.

Die Bundesregierung bereitet sich gewissenhaft auf die Genfer Konferenz vor. Hier kann der Bundesaußenminister nicht nur den Standpunkt der Bundesrepublik Deutschland zur Problematik der Atombewaffnung überhaupt, sondern auch ihre Haltung zu den Fragen der Abrüstung und Entspannung und damit zur Sicherheit in Europa vor der Weltöffentlichkeit darstellen. Der Bundesaußenminister geht selbstverständlich illusionslos an diese Aufgabe heran. Er wird jedoch in Genf die Gelegenheit wahrnehmen, falsche Vorstellungen über die deutsche Friedenspolitik zu korrigieren und erneut darzustellen, wie die Regierung der Großen Koalition durch eigene Beiträge helfen will, endlich in Europa eine gerechte Friedensordnung herbeizuführen.

Hier und dort sind Stimmen laut geworden, die besonders uns Deutschen bis zur Wahl des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten größte Zurückhaltung empfehlen. Begründung: Man könne nicht wissen, ob ein neuer Präsident nicht vielleicht eine neue amerikanische Außenpolitik befürworten werde. Dieses Argument ist kaum stichhaltig, denn nichts deutet darauf hin, daß ein neuer US-Präsident - ganz gleich wie er heißen wird und welcher Partei er angehören mag - besonders in den europäischen Fragen die Voraussetzungen der amerikanischen Politik ändern wird. Aber selbst wenn derartige eintreten würde, müßte die Bundesregierung dennoch die Gelegenheit in Genf wahrnehmen, um vor aller Welt zu bekunden, daß die Bundesrepublik Deutschland entschlossen ist, jeden für das deutsche Volk annehmbaren Vorschlag zur Sicherung des Friedens in Europa zu unterstützen.

Dokumente des Kampfes für eine neue Menschlichkeit

Zum 25. Jahrestag der Hinrichtung von Hermann Frieb und Bebo Wager

Von Waldemar von Knoeringen, MdL

"Vor uns stehen die härtesten Wochen und Monate. Bereitet Euch vor, seid stark, haltet den Kopf hoch, und wenn wir fallen, so ist es nicht umsonst gewesen. Begrabet den Haß; das Ziel ist ein höheres. Unsere Opfer waren eine geschichtliche Notwendigkeit. Wenn aber nach dem Zusammenbruch bestraft werden muß, so wird das die Entwicklung tun. Wir aber bereiten uns vor, für eine bessere friedliche Zeit zu arbeiten, für eine neue Menschlichkeit!"

Diese Zeilen stehen in einem der letzten Briefe des 38-jährigen Elektromaschinenbauers Bebo Wager aus Augsburg, der am 12. August 1943 um 5 Uhr nachmittags zusammen mit Hermann Frieb, Dipl. Volkswirt und Steuerberater aus München, im Gefängnis Stadelheim hingerichtet wurde.

Sie waren die führenden Köpfe jener bayerischen Untergrundorganisation, die nach 1933 bis zu ihrer Verhaftung im Frühjahr 1942 den sozialdemokratischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus und damit die Kontinuität der Sozialdemokratischen Partei vertreten hat. Nach der Gleichschaltung Österreichs hat die bayerische Organisation in engster Verbindung mit sozialistischen Gruppen in Österreich gearbeitet. In Innsbruck, Wörgl, Salzburg, Linz, Wien befanden sich selbständige Aktivgruppen, die sich nach der Katastrophe von Stalingrad zu einer gemeinsam handelnden sozialistischen Organisation zusammenschlossen. Zu früh hatten sie ihre dezentralisierte Arbeitsweise aufgegeben. Dadurch war es der Gestapo nach jahrelanger Vorbereitung möglich, einen umfassenden Vernichtungsschlag zu führen. In mehreren Prozessen vor dem Volkegerichtshof in Innsbruck, Salzburg, München und Wien wurden über 20 Todesurteile ausgesprochen. 12 Hinrichtungen wurden vollzogen. Neben Wager und Frieb gaben ihr junges Leben: Alois Brunner und Josepha Brunner aus Wörgl, Eduard Göth, Wien, Anton Graf, Salzburg, Georg Gruber, Kufstein, Dr. Otto Haas, Wien, Toni Rausch, Kitzbühl, Hans Vogel, Zell am Ziller, Josef Wittmann, Nördlingen, Willi Buisson, München.

Über die politische Zielsetzung, über das Ausmaß und die Arbeitstechnik der illegalen sozialistischen Organisation hat die Gestapo selbst das historische Dokument geliefert. Wir lesen darin u.a.:

"Innerhalb der illegalen SPD bildeten sich Richtungen, die unter verschiedenen Bezeichnungen ihre Anhänger zu organisieren suchten. So schlossen sich anfangs 1934 die jüngeren Mitglieder der illegalen SPD zu einem Arbeitskreis "Revolutionäre Sozialisten" (RS) zusammen. Diese propagierten die revolutionäre Tat. In den von ihnen herausgegebenen Organisationsrichtlinien forderten sie die Vernichtung des Nationalsozialismus und nötigenfalls gewaltsame Übernahme der Macht in Deutschland. In diesen Richtlinien wird u.a. auch zum Ausdruck gebracht, daß eine Vernichtung des Nationalsozialismus in Deutschland nicht durch eine revolutionäre Gruppe allein erfolgen könne, sondern daß sich zur Erreichung dieses Zieles alle revolutionären Kräfte bedingungslos zusammenfinden müßten. Die durchwegs aus ehem. Angehörigen der SPD bzw. SAJ bestehende illegale Organisation war überzeugt, daß sich durch die derzeitigen Kriegsverhältnisse und die damit mehr oder minder bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine Lage ergibt, welche ein günstiges Feld zur Vorbereitung der Massen für den Umsturz bietet. Insbesondere gab der Krieg mit der Sowjetunion und der Übergang von der Offensive

zum Stellungskrieg im Osten der illegalen Organisation neuen Auftrieb. Infolge der im Osten durch den frühen Einbruch des Winters entstandenen militärischen Lage glaubte sie den Zeitpunkt des Beginns der vorbereitenden Maßnahmen zur Revolutionierung der Massen für gekommen; und die Hauptbeschuldigten sind nach wie vor der Überzeugung, daß Deutschland diesen Krieg, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht nicht durchhalten und daher verlieren wird."

Wir erfahren heute dank der unermüdlichen Forschungsarbeit der Zeitgeschichtler immer mehr über das Ausmaß des Widerstandes im Dritten Reich. Viele hervorragende Menschen haben sich im Angesicht des Untergangs gegen den Nationalsozialismus gestellt und haben ihre Überzeugung mit dem Leben besiegelt. Was jedoch die bayrische illegale Organisation der Sozialdemokratie besonders heraushebt, ist die Tatsache ihres bewußten politischen Handelns von 1933 an. Ihr Handeln war nicht nur Empörung gegen ein unmenschliches System, nicht nur Widerstand gegen ein Gewaltregime, es war die politische Grundlegung des Neuen, es war Arbeit für die politische Zukunft, es war der Dienst an einer klar erstrebten Ordnung des demokratischen Sozialismus. Ich kannte sie alle, diese klugen, sachlich-prüfenden, nach konkreten Lösungen suchenden, ohne Haß und Emotion, aber mit leidenschaftlichem Glauben für ihre gerechte Sache erfüllten jungen Sozialisten. In nächtelangen, von bitterer Selbstkritik und kühnem Vorausdenken erfüllten Diskussionen wurde der weite Raum von revolutionärer Theorie und Praxis immer wieder durchmessen. Sie wußten, daß sie jederzeit von der Brutalität der Terrormaschine erfaßt und wehrlos ausgelöscht werden konnten. Sie wußten daß sie am Rande von Zuchthaus und Schafott nur eine geringe Chance des Überlebens hatten. Und dennoch haben sie mit festem Ziel gehandelt.

Fragen wir uns heute, da wir um ihren Untergang wissen, nach dem Sinn dieses Opfers, nach dem Ziel, das sie sich gesetzt haben, so muß man die Feststellung fürchten, daß ihre Tat jenen wenig bedeutet, für die der demokratische Sozialismus ein vager Begriff oder höchstens eine Summe von Sachlösungen geworden ist. Haben wir sie nicht weit hinter uns gelassen, die Revolutionäre aus dem Untergrund, die Träumer von sozialer Demokratie und Gerechtigkeit? Ist nicht eine neue Zeit angebrochen, in der andere Maße gelten? Ihr Widerstand und ihr Opfertod haben die Qualen des Krieges nicht verkürzt und die revolutionäre Erhebung nicht bewirkt. Was, so mag mancher fragen, war der Sinn und Zweck?

Streichen wir alles Äußerliche ab: die politische Idee, das physische Leid, die zerstörten Hoffnungen. Eines bleibt: ihr Widerstand machte den letzten Kern sichtbar, aus dem der demokratische Sozialismus als die säkulare Geistesströmung der Humanität gewachsen ist und auch in Zukunft wachsen wird. Die letzte moralische Substanz, ohne die auch der Sozialismus im Unmenschlichen versinken mußte. In dem nicht zu steigernden menschlichen und sittlichen Gegensatz zwischen der zynischen Macht des Nationalsozialismus und der Ohnmacht des Glaubens an Menschlichkeit und soziale Gerechtigkeit, der sich in ihrem Kampf und in ihren letzten Briefen offenbarte, erkennen wir den alles Rationale sprengenden Gegensatz von Macht und Moral. Es bleibt der Gegensatz, der die Welt erfüllt, solange Menschen über Menschen herrschen. Solange die Auffassung vertreten werden kann, daß Realpolitik pragmatische kalte Machtpolitik sein muß, die sich an moralische Prinzipien nicht binden läßt, solange als idealistischer Phantast bezeichnet werden kann, wer den moralischen Anspruch an die Politik erhebt, solange der bloßen Manager der Macht der Lorbeer des politischen Erfolges winkt, solange haben wir jene Höhen nicht erreicht, zu denen uns vor 25 Jahren die Wenigen vorgeschritten sind. In ihrer tiefsten Erniedrigung haben sie dem demokratischen Sozialismus den moralischen Sieg erfochten.

Den Bogen überspannt

Soll auch dem Letzten die Freude an der Arbeit genommen werden?

Von Fritz Büttner, MdB

Ich las dieser Tage in einer Zeitung, daß alle, die mit der Politik nicht zufrieden sind, sich bei der nächsten Bundestagswahl der Außerparlamentarischen Opposition anschließen sollen. Eine Bemerkung, die untersucht und nicht leicht genommen werden sollte.

Unzufriedene hat es schon zu allen Zeiten gegeben und wird es auch in der Zukunft geben. Ich kenne einen Dichter, der Weimar mit beißender Ironie und mit Worten kritisiert hat, die den Unzufriedenen wohl in den Ohren geklungen haben. Er ging in Deutschlands dunkelsten Tagen in das Ausland und nahm sich das Leben, weil er glaubte, durch sein Tun mit zum Untergang von Weimar beigetragen zu haben. Kritik ist lebensbedrohlich, wenn sie ins Nihilistische geht. Es ist in unserer Bundesrepublik nicht so, daß alles zum Besten und zufriedenstellend gelöst wäre. Ich kenne viele Probleme, die der Lösung harren. Im HEIMKEBERER hat W.K. einen Artikel mit der Überschrift: "Land ohne Führung?" veröffentlicht. In vielen Punkten hat er recht. Es ist ein Ärgernis, daß heute, 25 Jahre danach, die Schlußnovelle zum Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz noch nicht da ist. Es ist aber nicht gut, wenn immer nur die Schattenseiten aufgezählt werden. Warum können als Vorspann zu einem solchen Artikel nicht auch einige Lichtpunkte herausgestellt werden? Z. B.:

1. Die Mark ist stabil geblieben. Wir haben die festeste Währung der Welt. Die Mark ist im inneren Wert im Jahre 1967 nur um einen Punkt gesunken, in anderen Ländern auf der Welt bis zu 5,5 Punkten (Japan). Der Geldumlauf ist ganz durch Gold und Devisen gedeckt. Sparere brauchen um ihr Geld nicht zu bangen und Angstkäufe nicht zu betreiben.
2. Bei der Bildung der Großen Koalition gab es hunderttausende Arbeitslose, heute haben wir mehr offene Stellen als Arbeitssuchende.
3. Die Rentendynamik ist erhalten geblieben. Die meisten Rentner können zufrieden sein.
4. Auf allen Gebieten ist innen- und außenpolitisch fleißig gearbeitet worden. Nicht überall konnten sofort wegen der Schwierigkeiten Erfolge erzielt werden, schon gar nicht da, wo in der Vergangenheit es versäumt worden ist, rechtzeitig und durchgreifende Maßnahmen zu ergreifen.

Ich meine, Kritik ist berechtigt. Sie darf aber nicht soweit gehen, daß sie denen, die sich eifrig mühen, bessere Zustände zu erreichen, die Arbeit vergällen. Vielleicht ist es auch die dunkle Absicht der negativen Kritiker, um im Trüben fischen zu können.

Demokratie ist Diskussion, Diskussion um die besten Vorschläge, die Dinge neu zu gestalten. Wie sagt ein Dichter doch so schön:

Laßt uns an dem Alten, so es gut ist, halten und auf diesem Grund neues bauen jede Stund. Alt und gut ist, den Menschen in den Mittelpunkt des Geschehens zu stellen und dahingehend zu wirken.

Und auf diesem guten Grunde sollten wir weiter bauen, den Erfordernissen der Zeit entsprechend und uns nicht durch jene stören lassen, die das Negative zur Richtschnur ihres Handelns machen.